



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XV/214 - 19. September 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

In der Bundestag - aber wie?
Die Hoffnungen des BFD
Von Franz Barsig

64

2

Sieger in Schweden: Erländer
Zum Ergebnis der schwedischen Reichstagswahlen

27

3 - 4

Österreich schützt sich gegen den Neofaschismus
Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

64

5 - 6

Berichte, aus denen das Grauen spricht
Zum Marbach-Prozess in Kiel

65

7 - 8

Sozialdemokraten in der Verantwortung
Aufbauleistungen in deutschen Städten

Bielefeld - die Stadt der Schulen
Von Ratsherr Karlheinz Böhm

93

* * *
* * *

In den Bundestag - aber wie ?

Von Franz Barsig

Wenn man allein von der Jahreszahl ausgeht, dann hatte der BHE am vergangenen Wochenende in Bückeburg einen Jubiläumsparteitag, denn 1950 in Hannover-Limmer etablierte man sich als Bundespartei und hob Waldemar Kraft auf den Schild. An dieses Ereignis zu denken gab es aber keinen Anlaß, denn Waldemar Kraft ist ein Vergessener, der zweite BHE-Chef, Prof. Oberländer, ein Zuvergessener und heute bemüht sich Frank Seiboth mit allen Kräften, die Partei wieder in den Bundestag zurückzubringen, die seine beiden Vorgänger an Adenauer verkauft und verraten haben.

Zurück in den Bundestag, das ist - selbst wenn man das Bündel von Entschlüssen zu sozialen und wirtschaftspolitischen Fragen nicht ganz vergessen sollte - der rote Faden, der sich durch den Bückeburger Parteitag hindurchzog. Doch ist die Frage, wie man das anstellen will, von diesem Parteitag nicht beantwortet worden. Das war im Grunde genommen auch nicht möglich. Die Antwort darauf können nur zwei Faktoren geben. Einmal die Wähler selbst, die entscheiden, ob der BHE 1961 die 5 %-Klausel, an der er 1957 scheiterte, überspringen kann. Der BHE schätzt nach außen den Wähler so ein, als wenn es ihm gelingen könnte, allein mit seiner Hilfe wieder in das Bonner Parlament einzuziehen. Was sollte man in Bückeburg auch anderes tun, obwohl es mit dieser Zuversicht, wenn man das offizielle Rednerpodium verläßt, gar nicht mehr so weit her ist.

Der zweite Weg, wieder in Bonn mitmischen zu können - und darauf konzentriert sich jetzt der BHE -, ist eine Änderung des Wahlgesetzes, ist ein nur auf den BHE zugeschnittener Maßanzug, denn von einer Sperrklausel, die 3 % im ganzen Bundesgebiet und 5 % in drei Bundesländern vorsieht, könnte nur der BHE und sonst keine andere Partei profitieren. Die Frage ist, ob sich die beiden großen Parteien, CDU und SPD, zu einer solchen Lösung bereitfinden werden, denn weder die CDU allein noch die SPD allein sind in der Lage, das Wahlgesetz zu ändern. Das gilt trotz der absoluten Mehrheit der CDU, denn in dieser Frage wird selbst ein sogenanntes Machtwort des greisen Kanzlers nicht verhindern können, daß 50 bis 70 CDU/CSU-Abgeordnete gegen die eigene Partei stimmen würden. Das weiß der BHE, und er kennt auch die Schwierigkeiten, die einer Änderung des Wahlgesetzes grundsätzlich entgegenstehen, ganz abgesehen davon, daß es außerordentlich schwierig sein wird, die öffentliche Meinung davon zu überzeugen, daß es ein berechtigtes und staatspolitisches Interesse daran gibt, am Wahlgesetz zu schneiden.

Die zweite Schwierigkeit ist, daß der BHE sozusagen von beiden großen Parteien einen Blankoscheck verlangt, denn er will die Wahlgesetzänderung ohne Gegenleistung. Dabei wird für beide großen Parteien die Frage zu prüfen bleiben, ob es übergeordnete staatspolitische Gründe geben kann, die ein solches Verlangen rechtfertigen, ohne daß der Grundsatz des Gebens und Nehmens Anwendung findet. Nun kann man in der Tat dem BHE einige Verdienste nicht absprechen. Beispielsweise seine konstruktive Mitarbeit in Länderkoalitionen, wobei die Sozialdemokraten in Niedersachsen und in Hessen gute Erfahrungen mit diesem Koalitionspartner gemacht haben.

Es ist auch nicht zu bestreiten, dass diese Partei vor allem am Anfang der fünfziger Jahre eine Radikalisierung der Vertriebenenmassen verhindert hat, selbst wenn sie gelegentlich der Gefahr zu unterliegen drohte, diese Aufgabe mit einem Zuviel an Nationalismen erfüllen zu wollen. Letztlich ist nicht zu bestreiten, dass der BHE einfach auf Grund der Zusammensetzung seiner Mitglieder - 80 Prozent sind Vertriebene und Flüchtlinge - eine spezifische Kenntnis der östlichen Völker hat und auf diesem Gebiet einen Beitrag leisten kann.

Aber reicht das aus, um ein Wahlgesetz zu ändern? Eine bindende Antwort auf diese Frage kann im gegenwärtigen Zeitpunkt niemand geben, ganz abgesehen davon, dass die bisher stattgefundenen Gespräche der Information dienen und niemanden binden und ohnehin nur die Vorstände und Bundestagsfraktionen eine letzte Entscheidung treffen können.

Der BHE ist - das sei zugegeben - in keiner einfachen Lage. Er wird sich voraussichtlich in einigen Monaten vielleicht vor andere Entscheidungen gestellt sehen, bei denen er letztlich dann doch sagen muss, mit wem er es hält.

+ + +

Sieger in Schweden : Erlander

sp - Die schwedische Sozialdemokratie unter der klugen Führung Erlanders hat einen der grössten Wahlerfolge in ihrer Geschichte zu verzeichnen. Sie eroberte bei den am Sonntag abgehaltenen Reichstagswahlen fünf neue Mandate und gewann damit die absolute Mehrheit im schwedischen Parlament. Seit 28 Jahren ist die schwedische Sozialdemokratie an der Regierung, ihre auf alle Gebiete der Gesellschaft bezogene Aktivität gab dem Land ein neues Gesicht - das Gesicht eines ausgeglichenen, von krassen sozialen Gegensätzen befreiten, der Wohlfahrt aller Bürger verpflichteten Staates. Unter veränderten Verhältnissen verfolgt die schwedische Sozialdemokratie das gleiche Ziel, das das Geheimnis ihrer Anziehungskraft auf die Wähler ist: durch Ausbau der sozialen Einrichtungen allen Bürgern ein gesichertes Leben und ein Alter ohne ökonomische Unsicherheiten zu gewährleisten.

Die Sozialgesetzgebung Schwedens findet kaum ihresgleichen. Sie wurde aber auch im Wahlkampf heftig angegriffen von jenen, die glauben, die Grenzen des sozialen Rechtsstaates seien erreicht worden und sich deshalb gegen jeden weiteren Ausbau wehrten. Im Mittelpunkt des Wahlkampfes standen soziale Fragen. Die schwedische Rechte machte sich zum Fürsprecher für den Abbau des Kindergeldes, für die Urlaubsbeschränkung auf drei Wochen und für Steuerreformen im Sinne einer Bevorzugung des Grossbesitzes. Sie erlitt eine vernichtende Niederlage, verlor sie doch fast ein Viertel ihrer Mandate und Stimmen. Die Regierung Erlander kann nun, gestützt auf eine sichere Mehrheit im Reichstag, ihr grosses Werk der sozialen Reformen fortsetzen. Damit beginnt ein neues Kapitel in der ruhmreichen Geschichte der schwedischen Sozialdemokratie, ein Kapitel, aus dem dem demokratisch-freiheitlichen Sozialismus Ermutigung und Inspiration zufließen werden.

+ + +

Österreich schützt sich gegen den Neofaschismus

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Zur gleichen Zeit, da Bundeskanzler Ing. Julius Raab dem heimkehrwilligen "Thronprätendenten" Dr. Otto Habsburg den Rat gibt, die Republik Österreich auf Rückgabe des Raubvermögens seiner Vorfahren zu verklagen, müssen die vom Nationalsozialismus einst verfolgten Österreicher noch immer feststellen, daß für sie die Frage der Wiedergutmachung und Entschädigung nach wie vor ungelöst ist. Schon seit Jahren bemühen sich die Sozialisten vergeblich darum. SPÖ-Zentralsekretär Otto Probst, 49, verlangte erst dieser Tage wieder vom Parlament die Verabschiedung einer zwölften Novelle zum Opferfürsorgegesetz, auf die viele Opfer des Faschismus warten. Österreich, sagte er, müsse endlich auch jene entschädigen, die in der Vergangenheit große Opfer für seine Freiheit und Unabhängigkeit gebracht haben.

Es klingt grotesk, aber es ist so: In Österreich wurden zuerst die ehemaligen Nationalsozialisten entschädigt - für die Unbill, die sie kurz nach dem Zusammenbruch des dutzendjährigen Reiches erleiden mußten. Für die ehemaligen Opfer des nationalsozialistischen Terrors aber hatte die ÖVP bis heute nur taube Ohren. Kein Wunder also, daß gewisse "nationale Kreise" Morgenluft wittern und sich darin gefallen, Demokratie und Republik zu verunglimpfen, unter einem Europa-Mäktelchen den Anschlußgedanken an die Bundesrepublik Deutschland zu propagieren, die Verbrechen des dritten Reiches zu verharmlosen und den Krieg zu glorifizieren. Sie finden dabei moralische, propagandistische und finanzielle Unterstützung durch reaktionäre Gruppen in der Bundesrepublik.

Die bürgerlich-liberale "Freiheitliche Partei Österreichs", FPÖ, fördert großdeutsche und neonazistische Tendenzen. In dem vom FPÖ-Parteitag vom September 1958 beschlossenen "Richtlinien" heißt es: "Wir haben in den Österreichern das Bewußtsein wachzuhalten, ein Teil des deutschen Volkes zu sein." Als am 26. Oktober 1953 das österreichische Parlament das Neutralitätsgesetz beschloß, stimmte die FPÖ als einzige Partei gegen die Neutralität des Landes. Zu den jüngsten Ereignissen im Kongo schrieb das FPÖ-Zentralorgan "Neue Front": "Die Erlebnisse in

Afrika sind das Ergebnis der Verleugnung aller uns ins Blut gelegten und angeborenen Naturgesetze."

Das demokratische Österreich aber wehrt sich gegen jede Form des Faschismus, Militarismus und Totalitarismus, indem es immer wieder auf die Verbrechen und den Wahnsinn der Naziära hinweist. Die im Österreichischen Bundesjugendring zusammengeschlossenen Jugendorganisationen - das sind alle mit Ausnahme der "nationalen" und der kommunistischen - bemühen sich aufrichtig und mit Erfolg um die politische Erziehung der Jugendlichen. Ein ständiges Ringen geht auch gegen die Flut bundesdeutscher Illustrierter, "Soldatenzeitungen" und dergleichen, ebenso gegen neonazistische österreichische Blätter wie etwa die "Wagwarte" und der "Europaruf".

Die im vorigen Oktober in Wien als "Schillerfeier" getarnte Neonaziprovokation war das Signal für die fortschrittlichen und freiheitlichen Kräfte Österreichs, wachsamer zu sein und sich noch entschlossener zur Wehr zu setzen. Ein für den Sommer nach Salzburg einberufener Kongreß der faschistischen sogenannten "Sozialorganischen Bewegung Europas" mußte wegen der feindseligen Reaktion der österreichischen Bevölkerung wieder abgesagt werden.

Österreich ist dank der politischen Aufklärungsarbeit der Sozialisten entschlossen, seine Neutralität, Unabhängigkeit und Freiheit zu schützen. In den Haupt- und Mittelschulen wurde nunmehr durch einen ministeriellen Erlaß der Unterricht in "Zeitgeschichte" der Jahre 1918 bis 1955 neu eingeführt, der sozialistische Wiener Stadtschulrat zeigt in den Schulen eine Wanderausstellung über das Konzentrationslager Ravensbrück und in einem Wiener Uraufführungskino läuft der eindrucksvolle Dokumentarfilm "Mein Kampf" seit mehr als vier Wochen vor ausverkauftem Haus.

Die SPÖ hat schon vor langem ein "Republikenschutzgesetz" gefordert, die ÖVP hat aber kein Interesse daran, zumal sich das Bundeskanzlers schwaches Herz zunehmend für Habsburg erwärmt. Doch wird Österreich mit Neonazisten oder auch mit Monarchisten ganz gewiß ebenso fertig werden wie mit den Kommunisten.

Berichte, aus denen das Grauen spricht

kn - Am Freitag wird die Dritte Große Strafkammer in Kiel das Urteil gegen den seiner Ämter enthobenen höchsten Beamten von Schleswig-Holstein, den Präsidenten des Landesrechnungshofes Dr. Karl Marbach, verkünden, der des vorsätzlichen Meineides in zwei Fällen beschuldigt wird. Die Zeugenaussagen am 16. und 19. September vor dem Kieler Gericht gaben den Blick in das Grauen der deutschen Besatzungszeit in Griechenland frei. Der grosse Hintergrund des Meineidprozesses ist nämlich das rigorose Vorgehen gegen griechische Juden und Partisanen während des Krieges.

Marbach sagte unter Eid vor dem Kieler Amtsgericht am 22. Juni 1958 aus, er habe weder etwas von den Zwangsmassnahmen der von ihm geführten Verwaltungsabteilung in Saloniki gewusst noch Kenntnis von den Ausschreitungen gegen griechische Juden am 11. Juli 1942 auf dem Freiheitsplatz in Saloniki erhalten. Marbach sagte in einer Rechtsschutzsache für seinen Amtsnachfolger aus der damaligen griechischen Besatzungszeit, den heutigen Berliner Rechtsanwalt Dr. Max Kerten aus, gegen den ein Prozess wegen der damaligen Vorgänge vorbereitet wird. Kerten war im März 1959 wegen angeblicher Kriegsverbrechen in Athen zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt und im November 1959 aus der griechischen Haft entlassen worden. Er und seine Frau, die Ungarin Erszebet, werden in dieser Woche in Kiel aussagen.

Unter betroffenem Schweigen hielt Landgerichtsrat Gertholtz im Kieler Gerichtssaal dem 50 Jahre alten Angeklagten zwei Dokumente aus jener Zeit vor, die zu der Anklage geführt haben. Einmal geht es um einen Bericht des Befehlshabers Saloniki-Lagais General von Krenski an den Wehrmachtbefehlshaber Südost über die Repressalien der 164. Division im Oktober 1941. Der Bericht trägt den Schlussvermerk: "Gezeichnet: von Krenski, Generalleutnant; Beglaubigt: Dr. Marbach, Kriegsverwaltungsrat." Ein zweiter Lagebericht vom 16. Januar 1942 ist mit "Dr. M./Sz" gezeichnet.

Aus beiden Berichten spricht das Grauen. Da heisst es, dass 488 Erschiessungen erfolgten, zehn Personen gehängt, vier Todesurteile vollstreckt und drei Dörfer niedergebrannt wurden. Ferner ist davon die Rede,

daß 372 Häftlinge in einem Konzentrationslager untergebracht wurden, zwölf Kommunisten aus einem Konzentrationslager zur Pflanzung gelangten und der Bevölkerung 125 Gramm Brot je Kopf und Tag zugeteilt wurde. Ferner ist im Gerichtssaal in Kiel zur Sprache gekommen, daß am 11. Juli 1942 rund 8 000 Juden auf dem Freiheitsplatz in Saloniki zur Zwangsregistrierung zusammengetrieben und dabei zum Teil schwer misshandelt worden sind.

Marbach, der mit diesen Vorgängen selbst nichts zu tun hat, sagte im Gerichtssaal in Kiel aus, er könne sich an all das nicht erinnern. "Meine Unterschrift bezog sich nur auf die Richtigkeit der Unterschriften des Generals. Ich weiß nicht einmal, ob ich die Berichte überhaupt gelesen habe". Auch Plakate, in denen die Erschiessungen zur Abschreckung damals in Griechenland bekanntgegeben wurden, will Marbach nicht gesehen haben. Zu den Ausschreitungen auf dem Freiheitsplatz, in dessen unmittelbarer Nähe Marbach am Hafen von Saloniki wohnte, sagte er auch jetzt, daß er davon nichts wusste. Er sei damals auf Reisen gewesen und im Kasino habe man nicht darüber gesprochen. Drei der Zeugen haben jedoch bereits in der Voruntersuchung bekundet, dass Marbach sich das Auspeitschen der Juden durch SS-Leute auf dem Freiheitsplatz angesehen hat.

Der 65 Jahre alte General der Infanterie a.D. Hermann Foertsch aus München, der damals Stabschef beim Armeeoberkommando XII in Saloniki war, gab Auskunft über die Erschiessung von Partisanen. Von oben sei angeordnet worden, für jeden von Partisanen getöteten deutschen Soldaten habe man 100 und für jeden verwundeten Soldaten 50 Griechen zu erschiessen. Allerdings habe man, sagte Foertsch, derartige Erschiessungen nicht immer durchgeführt aber sie noch oben gemeldet, um die politischen Dienststellen zu beruhigen. Der heutige Brigadegeneral der Bundeswehr der 56 jährige Arthur Markert aus Köln, berichtete von Einäscherungen ganzer Dörfer als Repressalien in griechischen Gebieten mit starker Banden- und Partisanentätigkeit. Markert war bis Ende Dezember 1941 Major im Generalstab der 164. Division.

Bielefeld - die Stadt der Schulen

Von Ratsherr Karlheinz Böhm

Bielefeld (175 000 Einwohner) sagt man nach, daß es ein ungünstiges Klima habe. Tatsächlich ist es bei uns etwas regnerischer als anderswo. Das liegt am Teutoburger Wald, der sich als erste Gebirgskette den von der See heranziehenden Wolken entgegenstellt.

Aber gerade dem Teutoburger Wald verdankt die Stadt ihre Gründung und ihr Werden. Hier in dem weit und breit bequemsten Paß kreuzen sich zwei große Handelsstraßen: Der Hellweg von West nach Ost und die Salzstraße von Holland nach dem Süden. So waren die Voraussetzungen vorhanden für das Entstehen eines wirtschaftlichen Mittelpunktes in Ostwestfalen einschließlich dem früheren Land Lippe. Noch heute muß derjenige, der - sei es mit der Bahn oder mit dem Auto - von Paris nach Berlin, Warschau oder Moskau will, über Bielefeld fahren.

Den Wiederaufbau nach dem Furioso der Bombennächte des dunklen Winters 1944/45 über die wirtschaftliche Metropole hinaus auch zu einem kulturellen und - wenn man so will - sozialen Mittelpunkt verdankt die Stadt vor allem einem zielstrebigem Rat mit absoluter sozialdemokratischer Mehrheit. In diesem Rat wiederum war es ein Mann, der seit 1945 das Steuer in der Hand hielt: Oberbürgermeister Artur Ladebeck.

Ein privater Test hat ergeben, daß die meisten Bielefelder Bürger, wenn ihnen das Stichwort "Rathaus" genannt wird, sofort an Oberbürgermeister Ladebeck denken und - wie könnte es anders ein - damit die Aufbauleistungen ihrer Stadt mit der Partei dieses Mannes, der SPD, identifizieren.

Welches sind diese Aufbauleistungen?

Man nennt Bielefeld: die Stadt der Schulen! Das ist ein anspruchsvoller Titel; aber wir meinen, die Stadt trägt ihn zu Recht. In 58 Schulen - darunter die Carl-Severing-Berufsschule, eine Ingenieur- und eine Kunstgewerbeschule - wird den Kindern ein möglichst umfassendes Rüstzeug für das Leben mitgegeben. An der Oetkerhalle, der Konzerthalle im Grüngürtel der Stadt, entsteht nach den neuesten pädagogischen Gesichtspunkten ein Schulzentrum mit dem Ziel, das Kind vom Schulkinderhorst über die Volks-, Real- und Oberschule bis zur abgeschlossenen Hochschulreife zu fördern. Hier kann das Kleinkind spielen beginnen und sich systematisch hocharbeiten bis zum in der Pädagogischen Akademie voll ausgebildeten Junglehrer.

32 Kindergärten, 101 städtische Kinderspielplätze mit drei Rollschuhbahnen, mehrere Frei- und Hallenbäder, Skiwiesen und Rodelbahnen sorgen dafür, daß Bielefeld auch die Stadt des Kindes ist.

Ein anderer Aspekt kommunalpolitischen Strebens: Bielefeld, die Stadt mit der maximalen Verkehrssicherheit! Der Jahnpfatz, der belebteste Platz der Innenstadt, sei ein Beispiel für andere, freilich weniger kostspielige Verkehrsregelungen. Dieser ehemalige "Gefahrenpunkt Nummer 1", auf dem früher beinahe täglich Verkehrsunfälle passierten, ist heute völlig entschärft. Die Fußgänger gelangen über ein

freundliches Tunnelsystem auf die andere Straßenseite, auf die Haltestelleninseln oder gar in die Untergeschosse der Kaufhäuser, während auf dem Platz selbst die Kraftfahrzeuge und Straßenbahnen ungestört ihren Weg ziehen. - Die Verkehrsadern der Stadt werden weiter "entschlackt", geleitet von dem Gedanken: "Fließender Verkehr!" und "Allen Bürgern Sicherheit überall!"

Bielefeld, die Stadt des Wohnungsbaus! Gästen zeigen wir gern die Siedlung, "Kipps Hof". Hier, wo vor drei, vier Jahren noch das Vieh auf den Wiesen weidete, stehen heute 800 schöne und gesunde Wohnungen, meist Familienheime mit blühenden Gärten.

11 000 Wohnungen wurden in Bielefeld im Kriege zerstört.
27 000 Wohnungen wurden seitdem neu gebaut.
Jede zweite Wohnung ist eine Neubauwohnung.
Theoretisch wohnen in Bielefeld nur drei Personen in einer Wohnung.
Auf diese Bilanz sind die Sozialdemokraten stolz.
Und dennoch: In Bielefeld wird weitergebaut!

Besondere Sorge galt in den vergangenen Jahren dem kranken Bürger. Bei Kriegsende waren in den Krankenhäusern der Stadt nur 1 116 Betten vorhanden. Der Kranke mußte oft wochenlang auf ein freies Bett warten. Ein schrecklicher Zustand! Diese Misere konnte nur durch stärkste finanzielle Beanspruchung behoben werden. So wurde das Städtische Krankenhaus erweitert und in engster Zusammenarbeit mit dem Johanneswerk der evangelischen Kirche eine neue moderne Klinik geschaffen. Die heute vorhandenen 1 540 Krankenbetten kosten der Stadt jährlich zwar über 1,3 Millionen Mark, aber damit konnte endlich eine der kommunalpolitischen Hauptaufgaben weitgehend gelöst werden.

Womit kann sich Bielefeld noch sehen lassen?

Die Stadt unterhält zwei voll bespielte, stets gut besuchte Theater und gab im Jahre 1959 auf jede verkaufte Eintrittskarte einen durchschnittlichen Zuschuß von 4,90 M. Ein Orchester von anerkannt künstlerischem Format befriedigt alle Wünsche der Musikfreunde. Die öffentliche Grünfläche konnte in den letzten drei Jahren auch um sieben Prozent vergrößert werden, dabei wurden auch und gerade der Stadtkern berücksichtigt.

Bielefeld kennt - dank einer weitsichtigen Politik - keine Wasserknappheit. Selbst in dem heißen Sommer 1959 konnte Nachbargemeinden ausgeholfen werden.

Diese Erfolgsrechnung darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß noch viel zu tun ist - zu viel, als daß sich die Bürger einen weniger zielstrebigen Rat leisten könnten.

Noch immer fehlen viele Wohnungen, fehlt Parkraum für Kraftfahrzeuge, fehlen Entlastungsstraßen und Sportplätze - und fehlt vor allen Dingen Raum zur weiteren gesunden Entwicklung der Stadt. Viele Industriebetriebe mußten Bielefeld bereits verlassen, weil sie keine Ausweitungsmöglichkeiten mehr hatten.

Alle diese Sorgen werden dem Bürger nicht vorenthalten. Solche Offenheit schafft das Vertrauensverhältnis zum Rathaus, das einer Selbstverwaltung würdig ist - schafft das kommunalpolitisch gute Bielefelder Klima.

+ + +

Verantwortlich: I.V. Albert Exler